

NPD-Verbot: Sie werden es wieder vermessen

[Berliner Morgenpost](#): „Friedrich kündigt neues NPD-Verbots-Verfahren an“.

[Publikative.org](#): „Die Politiker, die jetzt ein neues NPD-Verbotsverfahren initiieren, haben immer noch nichts begriffen. Das Problem ist nicht, der NPD Verfassungswidrigkeit nachzuweisen; das wäre auch ganz ohne Verwicklung in die Zwickauer Terrorzelle möglich. Wir haben stattdessen ein Geheimdienstproblem.“

Sehr hübsch ist auch ein Artikel im [Focus](#):

Thaut zufolge kam im März 1999 ein Mitarbeiter des Thüringer Verfassungsschutzes in seine Kanzlei, angeblich im Auftrag seines Chefs Helmut Roewer. Der Mann habe erklärt, er wolle den 1998 untergetauchten Bombenbauern helfen, in die Legalität zurückzukehren. Würden sich die drei freiwillig stellen, könnten sie mit einer mildereren Strafe rechnen. So würde man sie nicht wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung belangen, sondern nur wegen Sprengstoffbesitzes, schilderte Thaut das Gespräch. Er übermittelte das Angebot der Mutter Böhnhardts, die einverstanden gewesen sei.

Das bedeutet: Der Verfassungsschutz wusste offenbar schon 1999, was los was und dass es eine terroristische Gruppe von Neonazis gab. Quod erat demonstrandum.